

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

I 217/2009 (DBK)

**Interpellation Franziska Roth (SP, Solothurn): Ausbildung Lehrpersonen - Wie sehen die Massnahmen zur adäquaten Ausbildung von Lehrpersonen der Volksschule insbesondere in den Bereichen schulische Heilpädagogik und Sekundarstufe I aus? (09.12.2009)**

1. Der Anteil der nicht adäquat ausgebildeten Lehrpersonen ist zu hoch und daher problematisch. Wie nimmt der Kanton seine Aufsichtsfunktion bezüglich Qualitätssicherung im Bereich Anstellungen von Lehrpersonen mit adäquater Ausbildung wahr, so dass die Qualität an den Schulen überprüft und gewährleistet ist?
  - a) Laut Volksschulgesetz sind offene Stellen auf das neue Schuljahr hin jeweils auszuscheiden. Gibt es eine Verpflichtung der Schulleitung, Stellen, die nicht mit genügend qualifizierten Lehrpersonen besetzt sind auszuschreiben? Wenn ja, werden diese Verpflichtungen eingehalten? Wenn nein, gedenkt der Regierungsrat solche einzuführen?
  - b) Gibt es Sanktionsmassnahmen für Gemeinden, die über längere Zeit Stellen, die mit nicht genügend qualifizierten Lehrpersonen besetzt sind, nicht ausschreiben? Wenn ja, welche? Wenn nein, gedenkt der Regierungsrat solche einzuführen?
2. Wie wirkt sich der Mangel an genügend qualifiziertem Lehrpersonal auf die heutige Qualität der Volksschule aus?
3. Welche Massnahmen ergreift der Kanton, um den bereits bestehenden Mangel an qualifizierten Lehrpersonen in den Bereichen der speziellen Förderung zu beheben? Wie sieht deren Finanzierung aus?
  - a) Ist das oben erwähnte, berufsbegleitende Studium zur Lehrbefähigung auf der Sekundarstufe I für Primarlehrpersonen konzipiert und wenn ja, wird davon Gebrauch gemacht?
4. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, um die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern und welche finanziellen Mittel sollen dazu eingesetzt werden?

*Begründung (09.12.2009): schriftlich.*

In seiner Antwort auf die Interpellation betreffend integrativem Unterricht in der Volksschule schreibt der Regierungsrat, dass das wichtigste Prinzip für die Integration ein professioneller Umgang mit der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler ist. Weiter wird darin festgehalten, dass durch die schrittweise Einführung des integrativen Unterrichts der Bedarf an qualifizierten Lehrpersonen voraussichtlich abgedeckt werden kann. Zudem sei der Kanton daran interessiert, Lehrpersonen in der Aus- und Weiterbildung zur schulischen Heilpädagogin und Heilpädagogen (sofern berufsbegleitend) zu unterstützen und bei Bedarf weitere Plätze an den Ausbildungsstätten HfH Zürich und ISP Basel einzukaufen. Ferner sollen Kurse für Heilpädagoginnen und Heilpädagogen mit einem Ausbildungsabschluss vor 2002 angeboten werden.

Eine vom AVK aufgestellte Übersicht bezüglich qualifizierten Lehrpersonen, die an Kleinklassen unterrichten oder integrativen Unterricht erteilen zeigt auf, dass von 254 Anstellungen in dem erwähnten Bereich 124 (49%) nicht mit genügend qualifiziertem Lehrpersonal besetzt sind. Ähnlich verhält es sich mit ca. 30% der Anstellungen auf der Sekundarstufe I. In den Stellungnahmen zu den Aufträgen A 171/2007 und A 76/ 2008 bezüglich nicht adäquat ausgebildeten Lehrpersonen an der Oberstufe hält der Regierungsrat fest, dass Primarschullehrpersonen die Möglichkeit haben werden, ein ergänzendes Studium zur Lehrbefähigung auf

der Sekundarstufe I nach individuellem Plan zu absolvieren; dabei würden ihnen bereits erworbene Qualifikationen angerechnet. Sie erwerben damit einen schweizerisch anerkannten Abschluss.

Vor dieser Tatsache bitte ich die Regierung um Beantwortung oben stehender Fragen.

*Unterschriften:* 1. Franziska Roth. (1)